



Keupers

kritischer

Kommentar

11-01-2016

November 2016

„Deutschland geht es so gut wie nie zuvor.“

Solche oder ähnliche Parolen kann man immer wieder in gewissen Abständen in den Mainstream-Medien hören oder lesen. Immer wieder wird so den Menschen im Lande klar gemacht, dass sie gar keinen Grund haben pessimistisch zu sein und in Angst in die Zukunft zu schauen. Oder gar an der Politik der uns Regierenden, unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu zweifeln, deren Aussage: „Wir schaffen das!“, nicht nur in Hinsicht des Flüchtlingsproblems, sondern auch Zuversicht für alle anderen auftretenden sozialen und politischen Aufgabenstellungen signalisiert. Für mich als Älterer, der die Zeit des Nationalsozialismus und das Ende des 2. Weltkrieges als Pimpf miterlebt hat, hat die obige einleitende Aussage: „Deutschland geht es so gut wie nie zuvor“, den Charakter einer Durchhalteparole, so wie damals: „Räder müssen rollen für den Sieg“, obgleich schon alles in Trümmer lag.

Es geht vielen Menschen nicht so gut.

Denn begegnet man den Hartz IV Empfängern oder den vielen sonstigen atypisch Beschäftigten mit dieser Aussage, dass es den Deutschen ja so gut gehe, werden sie glauben, man will sie veräppeln, man macht sich lustig über sie. Wenn man dann liest, dass fast 1 Million Arbeitnehmer(innen) nur als unterbezahlte Leiharbeiter(innen) tätig sind, und weitere 5,7 Millionen Menschen im Lande als unterbeschäftigt betrachtet werden, das heißt, diese Leute suchen Arbeit oder möchten mehr Arbeitsstunden leisten, um mehr Lohn zu bekommen, Letzteres bestimmt nicht aus reiner Lust an Arbeit, sondern, weil sie sonst Schwierigkeit haben ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Und wenn 14,7 Millionen Bürger(innen) in den letzten 10 Jahren Bekanntschaft mit den restriktiven Bedingungen der Hartz iV Gesetzgebung machen mussten, dann kann man wohl kaum davon reden, dass es den Deutschen so gut geht wie nie zuvor!

25,8% der Haushalte haben weniger als 70% des Medianeinkommens.

Seit der Jahrtausendwende ist in Deutschland ein markanter Anstieg der Ungleichheiten bei den Einkommen, aber auch bei den Vermögenswerten der privaten Haushalte zu beobachten. Damit haben sich aber auch die Armutsrisiken in unserer Gesellschaft deutlich erhöht. Und zwar so, dass infolge des Rückbaues diverser sozialer Sicherungssysteme anfangs des 21. Jahrhunderts, fast jeder Arbeitende infolge unverschuldeter Ereignisse in prekäre Verhältnisse abrutschen kann, dass dabei nicht nur sein Einkommen minimiert wird, sondern,

dass wegen ggf. notwendiger Transferleistungen des Staates, auch seine Vermögenswerte oder auch seine privaten Altersvorsorgeleistungen verbraucht werden müssen, dass der Absturz in die Armut erfolgt, einschließlich gesellschaftlicher Diskriminierung.

Dieses droht nicht nur sozialversicherungspflichtigen (arbeitslosen) Arbeitnehmern, sondern auch manchen Scheinselbständigen, Crowdworkern oder kleinen selbständigen Handwerkern, wenn, aus welchen Gründen auch immer, ihre Arbeit längerfristig unzureichende Einnahmen erbringen. Deshalb geht die Angst vor den Absturz um, auch bei vielen der unteren Mittelschicht, dem einfachen Bürgertum.

Die Ungleichheiten haben um über 18 Prozent in 24 Jahren zugenommen!

Es ist so, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, der zentrale Indikator für das Wohlstandsniveau der Bevölkerung, weisen in Deutschland eine stetig zunehmende Spreizung auf, ja, seit Beginn der 90er Jahre haben die gestiegenen Ungleichheiten, bei fast stagnierenden mittleren Einkommen, die Differenzen zwischen Arm und Reich erhöht. Die Armutsrisikoquote liegt heutzutage deutlich höher wie am Ende des ausgehenden 20. Jahrhunderts, was sich durch die Zunahme des GINI Koeffizienten, der die Ungleichheiten in einer Gesellschaft misst, beweist. Der Koeffizient betrug für Deutschland 1991 = 0,247 und im Jahr 2015 = 0,291. Womit die Ungleichheit in 24 Jahren um 18 Prozent zugenommen hat.

Gute Arbeit ist Grundlage von Lebensqualität.

Unter dem Motto: „Gut leben in Deutschland“, hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr durch Umfragen herauszufinden versucht, was den Menschen im Lande wichtig ist. Das Ergebnis wurde dieser Tage als Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität veröffentlicht. Neben Frieden, Sicherheit, Bildung und Freiheit, war unbefristete und auskömmlich entlohnte Arbeit eine der Grundvoraussetzung für eine gelebte Lebensqualität. Darum sollte die Regierung, die Politik erkennen, dass der Mensch wieder mehr im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen muss, dass das Schicksal der Menschen Vorrang haben sollte, vor den Interessen der globalisierten Wirtschaft. Dass der Staat mit seiner sozialen Politik, die solidarische Gesellschaft stützen, respektive unterstützen muss. Denn Deutschland geht es nur so gut, wenn es **allen** Menschen im Lande gut geht, wenn Ausgrenzungen, egal welcher Art, verhindert werden, wenn die Menschen aus Überzeugung „Ja“ sagen zur Demokratie!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 09.11.2016

Heinrich Keuper